



LEITARTIKEL

Landtagswahlen 2019

Wahlen in Sachsen sind etwas ganz Besonderes! Auch diesmal?
Gehen wir mit unseren zwei Stimmen verantwortungsvoll um!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
am 1. September 2019 finden gemäß unserer sächsischen Verfassung gleiche, geheime und freie Landtagswahlen statt. Die wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger werden ein Ergebnis liefern, dass die Gewählten verantwortungsvoll zur Kenntnis zu nehmen haben, um anschließend darüber zu entscheiden, in welcher Konstellation die Fraktionen Verantwortung als künftige Regierungsfractionen oder in der Opposition für unser Bundesland zu übernehmen haben. Auch ich werde als Bürger meine zwei Stimmen abgeben. Meine Lieblingsfarbe ist...? Halt! Nein, meine Entscheidung wird natürlich nicht von der Lieblingsfarbe meiner Anzüge, T-Shirts oder Sommerhosen abhängig sein. Egal ob hellblau, blau, schwarz, rot in zwei Varianten, grün, gelb... nein es geht diesmal nicht um die Farbe. Es geht um die Entwicklung der nächsten fünf Jahre und darüber hinaus um unser aller Zukunft. Vielleicht erwartet der eine oder andere jetzt von uns als Gewerkschaft der Polizei Sachsen oder von mir eine eindeutige oder klare Wahlempfehlung. Nein, damit kann ich nicht dienen. Ich möchte Euch aber gern ein paar Gedanken offenbaren, die mich in den letzten Jahren, Monaten bewegt haben und Hinweise geben, wie ich mich auf meine Stimmenabgabe vorbereite. Die muss niemand befolgen. Aber vielleicht kann ich dazu beitragen, dass jeder für sich allein oder gemeinsam im Familien- und Freundeskreis darüber nachdenkt oder diskutiert, welche zwei klugen Entscheidungen (Abgabe von zwei Stimmen) man treffen wird.

Ich selbst habe mich in den letzten Jahren sowohl als Bürger Sachsens, als auch als Gewerkschafter ziemlich häufig gefragt, wie sieht meine und die Zukunft unseres schönen Freistaates aus. Wird der Stellenabbau bei der Polizei beendet? Was ist mit Schule, Ausbau des Nahverkehrs, ja und natürlich auch Klimaschutz und Migration. Hat die Politik, also sowohl die Regierung als auch

die Opposition, die Zeichen der Zeit erkannt, legen sie Konzepte vor und wenn, ja welche? Gibt es umsetzbare Visionen? Natürlich stelle ich mir die Fragen regelmäßig schon allein deshalb, weil ich natürlich auch als gewählter Vertreter unserer Gewerkschaft die Interessen unserer Mitglieder vertreten darf.

Die Wahlergebnisse zu den Landtagswahlen in Sachsen waren in der Vergangenheit schon immer bemerkenswert. Insbesondere im Vergleich zu anderen Ländern hatte die CDU eine „Superzeit“, Vertrauensverluste zurückzugewinnen ist schwer. Die SPD kämpfte und hatte es wohl mit dem „übermächtigen“ Regierungspartner schwer, die eigenen Ergebnisse erfolgswirksam zu „verkaufen“. Die Konkurrenz durch Die Linke konnte sie nie wirklich ausschalten. Die Grünen haben sich bisher auf niedrigem Niveau die Parlamentsfähigkeit erhalten. Ein wirk-

Aufbruch zu wagen. Wir alle wissen, dass danach die CDU und die SPD ein Regierungsbündnis eingegangen und für die Polizei tatsächlich mehr, als nur ein Hauch von Veränderungen möglich schien. Es bedurfte jedoch gewerkschaftlichen Drucks, Bürgerwillen, einer SPD, die sich endlich auch mal öffentlich traute und einen Generationswechsel bei den Verantwortungsträgern der CDU, damit endlich nachhaltig erste positive Veränderungen eintreten konnten. Aus meiner Sicht sind der Stellenabbau-Stopp, die erhebliche Erhöhung des Einstellungskorridors und der damit verbundene Aufwuchs von 1000 Stellen in den nächsten Jahren sowie erste spürbare Verbesserungen der Rahmenbedingungen z. B. hinsichtlich der Besoldung und Versorgung oder auch der Entfristung von Arbeitsverhältnissen im Bereich der Beschäftigten positive Zeichen. Für mich Anlass genug darüber nachzudenken, wie es weitergehen soll und kann.

Wer soll regieren, wen sehe ich in der Opposition? Was halte ich von der „Fridays for Future“-Bewegung? Was bringt das? Was ist mir besonders wichtig? Wie werte ich

Wahlbeteiligung	Landtagswahlen Sachsen (SN)								© wahlomat.co
	Datum	CDU	SPD	FDP	Grüne	Linke	NPD	AfD	
61,1	19.09.1999	56,2	10,7	1,1	2,6	22,2	1,4		
59,6	19.09.2004	41,1	9,8	5,9	5,1	23,6	9,2		
52,2	30.08.2009	40,2	10,4	10,0	6,4	20,6	5,6		
49,2	31.08.2014	39,0	12,4	3,8	5,7	18,9	4,95	9,7	

lich anderes alternatives Politikangebot war im Ergebnis der Wahlen bisher nicht möglich. Der FDP schien das Ergebnis 2009 zu „Kopf“ gestiegen zu sein, der „freie Fall“ war die Konsequenz. Der fast zweistellige Einzug der AfD war aufgrund der Unzufriedenheit vieler Wähler die Folge. Interessant ist die Frage, wo werden die Wähler-Prozente der NPD am 1. September 2019 zu verorten sein. Welche gedanklichen und praktischen Konsequenzen zieht dies nach sich? Gespannt darf man auch auf die Wählerbeteiligung sein. Ich erinnere mich noch gut an das Landtagswahlergebnis 2014 und die Frage des MDR-Moderators im Wahlstudio an mich, wie ich das Ergebnis grundsätzlich bewerte. Ich sagte damals die neoliberale Politik der CDU-FDP-Regierungsfraction wurde abgewählt und es besteht die Chance einen wirklichen

die Ergebnisse der Kohlekommission? Wem vertraue ich persönlich? Wer ist mein Direktkandidat? Gibt es eine Alternative zur jetzigen Regierungskoalition? Wem gebe ich meine Listenstimme? Welche Partei plant was, wenn sie das Mandat zum Regieren erhalten würde? Wie könnten Kompromisse aussehen zwischen zwei, drei oder mehr Koalitionspartnern? Ich benutze den Wahlomat und nutze aber das „ausgespuckte“ Ergebnis für meine zwei Stimmenscheidungen seit Jahren nicht, aber vielleicht hilft es ja Euch. Nicht unwesentlich ist noch der Fakt, dass der Landeswahlausschuss vor jeder Wahl z. B. die Einreichung der Wahlunterlagen zu prüfen hat. So erklärte der Landeswahlausschuss in seiner Sitzung am 5. Juli 2019 nur die ersten 18 Plätze der

Fortsetzung auf Seite 2



Bitte beachten:

Der Redaktionsschluss für das Landesjournal Sachsen, **Ausgabe August 2019**, war der **5. Juli 2019**, für die Ausgabe September 2019 ist es der **2. August 2019** und für die Ausgabe **Oktober 2019** ist es der **30. August 2019**.

Hinweise:

Das Landesjournal versteht sich nicht nur als Informationsquelle, sondern auch als Kommunikationsforum für die sächsischen Kolleginnen und Kollegen. Zuschriften sind daher ausdrücklich erwünscht.

Die Redaktion behält sich jedoch vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte oder Fotos übernehmen wir keine Gewähr für Veröffentlichung oder Rücksendung. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar.

Die Redaktion

Fortsetzung von Seite 1

AfD- Zweitstimmen-Liste - wegen formaler Fehler für gültig. Des Weiteren entschied der Landeswahlausschuss zwei Listen nicht zuzulassen. Begründung: „Nicht zugelassen wurde die Liste von Demokratie in Bewegung, weil nicht genügend Unterstützerunterschriften zusammengekommen sind. Der Dritte Weg darf ebenfalls nicht zur Landtagswahl antreten, weil ihm die Parteieigenschaft fehlt.“ Ob alle Entscheidungen des Landeswahlausschusses so Bestand haben werden ist zum jetzigen Zeitpunkt (Redaktionsschluss: 15.07.2019) offen, da sowohl der Verfassungsgerichtshof des Freistaates Sachsen und ggf. das Bundesverfassungsgericht noch darüber zu entscheiden haben werden.

Grundsätzlich sind diese Entscheidungen des Landeswahlausschusses, die auf der Grundlage des Landeswahlgesetzes und der Landeswahlordnung entschieden worden sind, also bekannt, so dass sich jeder Wähler jetzt zwischen 19 Listen (Zweitstimme) und in seinem jeweiligen Wahlkreis zwischen den Direktkandidaten (Erststimme) entscheiden kann. Hierbei sollte man jedoch nicht auf platte Wahlplakatsprüche setzen. Erst recht sollte man sich nicht, weil angeblich der ganze Kegler-Verein die Partei X und den/die Direktkandidaten/in Y wählt, sich ohne eine eigene Meinung zu bilden einfach beim Kreuzchen machen nur anschließen.

Ich kann insofern nur empfehlen, sich tatsächlich mit den Wahlprogrammen der zur Wahl antretenden Parteien auf deren jeweilige Internet-Plattform auseinanderzusetzen? Dies ist Teil meiner Wahlvorbereitung. Hier insbesondere der jeweilige Abschnitt zu den Themen Sicherheit/Polizei/Justiz, Rolle des Staates und die Auffassung zur Sicherstellung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Nicht unwichtig sind für mich aber auch die Auffassungen zur Gewährleistung der Grundrechte, des Sozialwesens sowie des menschlichen und gesellschaftlichen Miteinanders bis hin zu den nachvollziehbaren oder eben auch nicht nachvollziehbaren Umsetzungskonzepten hinsichtlich der Klimaschutzziele. Es ist schon interessant, dass hier sehr unterschiedliche Auffassungen und unterschiedlich ausgeprägte Vorstellungen der zur Wahl stehenden Parteien existieren.

Natürlich habe ich mir auch die von uns als GdP Sachsen organisierte und realisierte Interviewreihe (nach alphabetischer Reihenfolge AfD, Bündnis 90/

Die Grünen, CDU, Die Blauen, Die LINKE, FDP und SPD) mit den Verantwortungsträgern der Parteien, die derzeit im Sächsischen Landtag mit Abgeordneten vertreten sind oder wo laut Umfragen zum Zeitpunkt unserer Initiative ein Einzug ins Parlament als möglich bzw. nicht auszuschließen war, durchgelesen. Eine interessante Lektüre und heute noch im Internet auf unserer Homepage (www.gdp-sachsen.de) in der jeweiligen Ausgabe ab Februar 2019 für jedermann nachlesbar. Nach den neuesten Erkenntnissen von Wählerumfragen und auf der Grundlage der Ergebnisse der Kommunalwahlen in Sachsen wird mittlerweile auch nicht mehr ausgeschlossen, dass die Freien Wähler in den Sächsischen Landtag knapp einziehen könnten.

Abschließend noch ein Wort in eigener Sache. Ich persönlich wünsche mir für die nächste Legislaturperiode, dass der eingeschlagene Weg die Polizei so aufzustellen, dass sie die Sicherheit noch besser gewährleisten kann, noch konsequenter umgesetzt und mit weiteren Fakten in den nächsten fünf Jahren nachhaltig unteretzt wird. Ich wünsche mir, dass uns noch bewusster wird, dass nur durch gute Rahmenbedingungen in der Aus- und Fortbildung sowohl für die Schüler, als auch in der Erwachsenenbildung Zukunft gestaltet werden kann. Nicht zuletzt wünsche ich mir ein liebenswertes, schönes sowie friedliches und bürgerorientiertes Sachsen. Die Verbreitung von Extremismus, Hass sowie das Schüren von Angst und Furcht müssen wir verhindern, dies sollte ein gemeinsames Anliegen aller friedliebenden Menschen (Wähler) sein. Ich bin zuversichtlich und optimistisch, dass uns dies gelingt. Ständiger Frust und nur Zweifel sind keine guten Wegbegleiter. Das Beides habe ich persönlich abgewählt.

Zum Schluss noch eine Bitte an Euch Alle. Geht bitte wählen! Nehmt Euer Verfassungsrecht wahr. Solltet Ihr am 1. September weit weg sein und Euch von der harten Arbeit am Strand, in den Bergen oder wo auch immer erholen, nutzt die Möglichkeit der Briefwahl. Auch die, die an diesem Tag im dienstlichen Einsatz sind oder laut Dienstplan einen langen Dienst zu leisten haben, sollten im Vorfeld der Wahlen die Möglichkeit, die Stimmen vorher abgeben zu können, unbedingt nutzen.

Denkt bitte dran: Wahlen in Sachsen sind etwas ganz Besonderes! Auch diesmal? Gehen wir mit unseren zwei Stimmen verantwortungsvoll um!

Euer Torsten Scheller



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Sachsen**

Geschäftsstelle:
Sachsenallee 16
01723 Kesselsdorf
Telefon: (035204) 68711
Telefax: (035204) 68750
Internet: www.gdp-sachsen.de
E-Mail: gdp@gdp-sachsen.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Sozialwerk der Polizei
Telefon: (035204) 68714
Telefax: (035204) 68718
Internet: www.psw-service.de
E-Mail: psw@psw-service.de

Redaktion:
Matthias Büschel (v.i.S.d.P.)
Scharnhorststr. 5, 09130 Chemnitz
Telefon: (dienstlich) (0371) 3 87-20 51
Fax: (dienstlich) (0371) 3 87-20 55
E-Mail: Redaktion@gdp-sachsen.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 41
vom 1. Januar 2019

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2801



SONDERVERSORGUNGSSYSTEM**Freistaat Sachsen, die Ausnahme?**

Quelle: l-vista_pixello.de

Aktueller Stand zur Anrechnung von Verpflegungsgeld/Bekleidungs-geld auf die Rente in den betroffenen sechs Bundesländern

Nachfolgend möchten wir darüber informieren, wie die Umsetzung zur Anrechnung des Verpflegungsgeldes bzw. Bekleidungs-geldes der früheren Deutschen Volkspolizei als Arbeitsentgelt derzeit berücksichtigt wird bzw. wie die Anrechnung in den einzelnen Bundesländern aktuell erfolgt.

Im Freistaat Sachsen sind durch zwei Kammern des Landessozialgerichtes (LSG) unterschiedliche Urteile ergangen.

So sind zwei Urteile im Sinne der Betroffenen beschieden und rechtskräftig und durch eine andere Kammer sind die Ansprüche durch drei Urteile als nicht gerechtfertigt abgewiesen worden. Letztere Urteile sind noch nicht rechtskräftig.

Wie sieht es in den anderen betroffenen Bundesländern aus?

Das Land Brandenburg hatte als erstes Bundesland seit dem Jahr 2009 die Anrechnung als Arbeitsentgelt anerkannt und zum Beispiel innerhalb von vier Jahren 12 000 Überprüfungen vorgenommen.

In Mecklenburg-Vorpommern hat das Landessozialgericht (LSG) mit dem Urteil L 7 R 158/12 vom 30.01.2019 die Entscheidung getroffen, dass das Ver-

pflegungsgeld der früheren Deutschen Volkspolizei als Arbeitsentgelt zu berücksichtigen ist. Die Berücksichtigung des Verpflegungsgeldes der früheren Deutschen Volkspolizei als Arbeitsentgelt erfolgt jetzt in Mecklenburg-Vorpommern auf Antrag.

Zusätzlich können wir mitteilen, dass im Land Berlin ebenfalls Entscheidungen zu Gunsten der Betroffenen ergangen sind und nunmehr die Umsetzung erfolgt.

So hat am 23. Januar 2019 das Bundessozialgericht (AZ B 5 RS 12118 B) entschieden, dass das Bekleidungs-geld als Arbeitsentgelt für die Anspruchsberechtigten des Sonderversorgungssystems der Deutschen Volkspolizei und der Organe der Feuerwehr anzusehen ist. Die Senatsverwaltung für Finanzen erklärte in der Antwort auf eine schriftliche Anfrage des Abgeordneten Carsten Schatz (Linke, 18/18056) vor wenigen Tagen, dass man die Abschrift des genannten Beschlusses nunmehr erhalten und geprüft habe, folglich mit dem Bekleidungs-geld ebenso verfahren wird wie mit dem Verpflegungs-geld.

Die Landesregierung Sachsen-Anhalt hatte in gleicher Sache (Berücksichtigung Verpflegungs- und Bekleidungs-geld im Arbeitsentgelt von ehemaligen Volkspolizisten) in einer Kleinen Anfrage 2017 bereits ausgeführt:

„Die Betroffenen erhalten einen Änderungsbescheid, dessen Inhalt

gleichzeitig an die Deutsche Rentenversicherung Bund gemeldet wird. Die Deutsche Rentenversicherung Bund führt aufgrund der Neuberechnung des tatsächlich erzielten Arbeitsentgelts die Rentenberechnung und die Berechnung der Nachzahlung inklusive Zinsen durch. Es wird davon ausgegangen, dass die Rentenversicherung Bund bei der Berechnung des Zeitraums, für den rückwirkend Leistungen zu erbringen sind, § 44 Abs. 4 SGB X anwendet. Für die Berechnung der Nachzahlung wird also ein Zeitraum von vier Jahren ab Antragsdatum zugrunde gelegt.“

Im Land Thüringen wurde ebenfalls vor Kurzem in einem Urteil des LSG im Sinne der Betroffenen entschieden. Dieses Urteil wird gegeben falls Ende Juni rechtskräftig. Anschließend wird durch die Regierung eine Entscheidung zu Gunsten der Betroffenen und einer zeitnahen Umsetzung erwartet.

Fazit und Fragestellungen aus Sicht der GdP Sachsen:

Fazit: Es ist aktuell so, dass vier Bundesländer mindestens auf Antrag das Verpflegungsgeld beziehungsweise Bekleidungs-geld der früheren Deutschen Volkspolizei als Arbeitsentgelt anerkennen und ein weiteres Bundesland kurz vor der Umsetzung ist. Der Freistaat Sachsen zögert somit als einziges Bundesland die Anerkennung weiter hinaus bzw. will sie scheinbar den Betroffenen nicht zugestehen.

Wie soll verfahren werden, wenn die Urteile der zweiten Kammer rechtskräftig werden?

Sollen dann circa 2 000 ruhende Widersprüche/Anträge geurteilt werden?

Was kostet den Freistaat die Bearbeitung dieser Vorgänge?

Soll künftig der Erfolg des Betroffenen von der jeweils zuständigen Kammer abhängig sein?

Ist die unterschiedliche Behandlung in dieser Sache vom jeweiligen Bundesland abhängig?

Ist es tatsächlich der Wille der Staatsregierung, dass die Betroffenen in Sachsen als Einzige „leer“ ausgehen?

Wir haben in den letzten Jahren, Monaten und Wochen immer wieder darauf hingewiesen, dass endlich eine Lösung auch für Sachsen her muss. Leider bisher Fehlannonce. Die GdP Sachsen bleibt dran.

GdP –Wir tun was!



Interview mit der SPD Sachsen

Peer Oehler: Vielen Dank für die Gelegenheit zum Gespräch. Eigentlich wollte ich erstmal den Puls fühlen, um zu schauen, ob die SPD noch lebt.

Martin Dulig: (hält das Handgelenk hin) Und?

Peer Oehler: (misst den Puls) 7 bis 8 %!

Martin Dulig: Deutlich höher! Aber ja, die SPD hat im Moment keine gute Zeit. Die SPD war immer die Partei, bei der die Menschen wussten, dass Veränderungen im Sozialen, der Arbeitswelt und Sicherheit gut organisiert werden und zu mehr Gerechtigkeit führen. Jetzt stehen zusätzlich Fragen, wie Klimawandel, Urbanisierung, Globalisierung und Digitalisierung auf dem Plan. Und die SPD muss erneut zum Experten für Veränderung werden - Antworten geben, bei denen die Menschen sehen, dass wir sie im Blick behalten und gute Lösungen für sie finden. Beim Thema Klimawandel zum Beispiel gibt es eine Partei, die gerade die richtigen Fragen stellt und deshalb einen Höhenflug hat. Aber allein Fragen zu stellen und Ängste zu provozieren reicht doch nicht! Wo sind denn die Antworten, mit denen alle Teile der Gesellschaft gut leben können? Die gibt sie nicht. Wir haben diese Antworten, aber sie sind nicht schwarz oder weiß, Braunkohle ja oder Braunkohle nein. Politik ist komplexer geworden. Wir müssen unsere Arbeit also besser erklären, gerade, weil es komplizierter geworden ist. Wir haben als SPD fünf Jahre lang richtig gute Arbeit in Sachsens Regierung geleistet. Doch dafür, dass du gute Politik gemacht hast, wirst du nicht gewählt. Vor der Landtagswahl heißt das jetzt, wir führen einen Wettbewerb um die besten Antworten, für die besten Ideen zur Bildung, Sicherheit, Arbeit, Industrie und Wirtschaft. Wir sind weiter bereit, die Verantwortung für unser Land weiter zu übernehmen.

Peer Oehler: Eine von Ängsten oder Befürchtungen getriebene Politik muss ja per se nichts Schlechtes sein und auch nichts, was die SPD in den Niedergang treibt. Zur Bundestagswahl 2002 hatten viele Angst vor einer deutschen Beteiligung am Irakkrieg und das Nein von Gerhard Schröder hat die SPD in Dresden zu ihrem besten Ergebnis mit Mitte der 30 % geführt, weil die Menschen das Vertrauen hatten, dass dort eine stabile Größe gegen den Krieg da ist. Was ist in den

17 Jahren schief gelaufen, dass dieses Vertrauen in die SPD bei essentiellen Fragen nicht mehr da ist?



Martin Dulig: Angst ist ein starkes Gefühl, dagegen lässt sich schwer mit Fakten argumentieren. Nehmen wir die Agenda 2010: Die halte ich für fachlich richtig. Natürlich gab es negative Auswirkungen, die aber erkannt und fortlaufend korrigiert wurden und werden. Doch die Agenda hat maßgeblich dazu beigetragen, dass die Arbeitslosigkeit in Deutschland gesunken ist. Sie hat den damals „kranken Mann Europas“, so wurde Deutschland bezeichnet, zu einer führenden Industrienation der Welt gemacht. Aber es ist für uns ein sehr hoher Preis gewesen. Wir waren bis dahin in der Frage der sozialen Gerechtigkeit immer die Schutzmacht. Und mit Hartz IV haben wir weitestgehend diesen Status und viel Vertrauen verloren. Das zweite ist: Die SPD wird als „Dauer-Regierungspartei“ nicht mehr als eine moderne Fortschritts- und Gerechtigkeitspartei gesehen. Die CDU hat uns im Bund arg zugesetzt und geschickt unsere Erfolge als die ihren verkauft.

Peer Oehler: Aber gerade die Agenda 2010 ist etwas, was mich umtreibt: Alle Sozialdemokraten sagen mehr oder weniger hinter vorgehaltener Hand: die war handwerklich richtig. Aber sie ist von Gerhard Schröder als SPD-Chef in einer herzlosen Art und Weise auf einem Berliner Vergewaltigungsbundestag durchgepeitscht worden, ohne die Mitglieder und die Menschen im Land mitzunehmen. Es galt das Motto: Wenn ihr mich als Bundeskanzler behalten

wollt, müsst ihr zur Agenda 2010 ja sagen. Also war die SPD zu diszipliniert gegenüber ihrem Kanzler?

Martin Dulig: Die heutige Situation der SPD als Folge der Agenda-Politik zu sehen, ist zu kurz gesprungen. Die Dinge, die damals passiert sind, kann man gern mal historisch aufarbeiten. Wir müssen lernen, nicht immer nur zurückzublicken, sondern Antworten nach vorn zu geben. Denn die heutigen Probleme der Menschen haben weniger mit Hartz IV zu tun als mit der Frage, was mit meiner Arbeit in fünf Jahren ist. Ich schau daher lieber auf aktuelle Entwicklungen und da haben wir viel vorzuweisen: Die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung ist in den vergangenen Jahren mit Olaf Scholz, Andrea Nahles bis hin zu Hubertus Heil stärker denn je sozialdemokratisch geprägt. Andrea Nahles hat gerade ein neues Sozialstaatspapier mit der Abkehr von Hartz IV vorgelegt. Der Mindestlohn wurde gegen den Widerstand der CDU durchgesetzt und die Rentenmöglichkeit mit 63 nach 45 Berufsjahren geschaffen.

Peer Oehler: Und was ist nun der Plan?

Martin Dulig: Ran an den Bürger! Es gab nie eine derart bürgernahe SPD, wie derzeit in Sachsen. Ich ziehe mit meinem Küchentisch seit 5 Jahren durchs Land und habe mein Projekt „Deine Arbeit, Meine Arbeit“. Da arbeite ich als Martin Dulig, ohne Minister-Bonus und Anmeldung, einen Tag mit Menschen ganz normal zusammen. Bei einem offiziellen Unternehmensbesuch zeigt mir ein Unternehmer seine Firma so, wie er es möchte. Wenn ich aber mit den Kollegen arbeite und mit ihnen rede, dann bekomme ich eins zu eins mit, was in dem Unternehmen wirklich los ist, wo der Schuh drückt. Sigmar Gabriel hat 2009 auf dem Parteitag in Dresden gesagt: Die SPD gehört dorthin, wo es laut ist, wo es kracht und wo es manchmal stinkt. Ich mache das - da kann die Bundes-SPD von uns lernen! Wir machen diese Formate unabhängig vom Wahlkampf und Sie sehen einen optimistischen Spitzenkandidaten.

Peer Oehler: Ich will Ihnen diesen Optimismus überhaupt nicht nehmen. Und trotzdem möchte ich eine Gegenthese anbieten, warum die alten Volksparteien SPD und CDU ein



LANDTAGSWAHL 2019

Problem haben, die alten Wählerschichten zu generieren: Die politische Mitte ist nicht mehr en vogue! Mitte heißt differenziertes Denken, Ausgewogenheit und Kompromiss. Das ist vielen zu anstrengend geworden. Vielleicht auch gefühlt zu wirkungslos. Es macht den Menschen augenscheinlich im Moment mehr Spaß, eine entschiedene, klare, radikale, einseitige Position zu haben.

Martin Dulig: *Das ist ja keine Genthese, weil es erstmal nur Teil der Analyse ist. Wir gehen aber in der Tat davon aus, dass alle Menschen politisch denken müssten und sich mit Programmen auseinandersetzen und dann zu einer rationalen Entscheidung kommen. Das ist aber nicht immer so. Ich erlebe auch Menschen, die der Meinung sind, Demokratie gibt es erst dann, wenn die eigenen Wünsche erfüllt sind. Wie bei einem Pizzadienst – ich bestelle und ihr liefert.*

Peer Oehler: Das ist die landläufige Einstellung.

Martin Dulig: *Aber so geht es eben nicht. Demokratie ist ein hartes Stück Arbeit. In den vergangenen Jahren wurde der Kompromiss, das Ringen um eine Lösung, immer schlecht gerechnet. Aber Demokratie ist Kompromiss! Es geht nicht ums Recht behalten. Wenn zwei Parteien in einer Koalition sind, weil es für das Alleinregieren und damit Umsetzen von 100 Prozent des Programmes nicht reicht, dann brauchen wir Kompromisse. Gerade bei den Themen Arbeit, Schule und Sozialstaat. Dieser Kompromiss wird leider oft gering geschätzt. Deshalb ist die Staatsregierung mit ihren Sachgesprächformaten im Land unterwegs, um Vorurteile abzubauen. Wir müssen aber auch stärker und ehrlich sagen, was wir nicht wollen und was nicht geht. Auch wenn man manchmal dafür beschimpft wird. Und weil wir in einem Rechtsstaat leben, können Lösungen manchmal auch mal dauern – etwa beim Straßenbau. Aber ich glaube, die Menschen wissen, was sie an unserem Staat haben. Dass sie für einen Straßenbau nicht einfach enteignet werden können, wie in anderen Ländern. Dass sie für ihren Besitz vor Gericht klagen können. Dass sie Rechte haben. Vielen wird das aber erst bewusst, wenn sie selbst davon betroffen sind.*

Peer Oehler: Aber dann klagen sie nicht aus einem demokratischen Mitwirkungsinteresse sondern aus Egoismen.

Martin Dulig: *Ich möchte nicht falsch verstanden werden. Das sind für mich keine Antidemokraten, sondern eher enttäuschte Demokraten. Das bedeutet, dass wir uns darum kümmern müssen, dass solche Verfahren auch akzeptiert und verstanden werden. Wir müssen immer wieder erklären, was wir machen und warum. Dass es kein Eigennutz ist, sondern im Sinne aller. Sonst regieren Stimmungen und Populismus.*

Peer Oehler: Mich bewegt immer noch die Missachtung des Kompromisses. Eigentlich müsste sich doch der Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr angesichts des Kohle-Kompromisses jeden Morgen den Weg in sein Büro über abgelegte Blumensträuße bahnen müssen, weil einerseits Arbeitsplätze in einer strukturschwachen Region erhalten werden und man perspektivisch den Wünschen nach einer Energiewende Rechnung trägt.

Martin Dulig: *Wenn man sich die weit auseinander liegenden Positionen der Akteure anschaut, war am Anfang nicht absehbar, wie tatsächlich eine Lösung aussehen kann. Ich zolle den Leuten, die diesen vernünftigen Kompromisserrungen haben, der klimapolitische genauso wie die strukturpolitische Gesichtspunkte beinhaltet, meinen vollen Respekt. Es ist deshalb auch ein gutes Beispiel, weil es zeigt: allein der gute Kompromiss führt nicht zu Beifallsstürmen. Die Menschen in den Kohleregionen sagen aus historisch erlerntem Misstrauen: Wollen wir erstmal sehen, was da wirklich rauskommt! Ich kann das Misstrauen verstehen. Vertrauen ist schnell verspielt, Vertrauen aufzubauen ist eine große Aufgabe.*

Peer Oehler: Verlorenes Vertrauen wieder zurück zu gewinnen nahezu unmöglich?

Martin Dulig: *Nein. Dann wüsste ich nicht, wie man Politik machen will. Das wäre der Maßstab einer fehlerlosen Politik. Und die Behauptung einer fehlerlosen Politik macht eine Gesellschaft gefährlich, denn sie würde die Fehler mit Instrumenten, die mit Demokratie und Freiheit nichts zu tun haben, verleugnen. Wir brauchen eine andere Fehlerkultur.*

Peer Oehler: Zu der kollektiven Fehlerkultur müsste dann auch gehören, uns einzugestehen, dass wir unseren Wohlstand teilweise durch eine gegenüber Umwelt und Natur rücksichtslose Art und Weise erlangt haben. Was diese Debatte angeht sind wir doch auf gutem Weg. Das Klimathema ist in aller

Munde. Ist das eine Klimahysterie oder sind wir noch in der rationalen Diskussion eines Problems?

Martin Dulig: *Ich würde die Frage trennen. Die Hysterie liegt darin, dass wir als Gesellschaft schnell in Empörungsrhetoriken drin sind, in schwarzweiß-Denken und dem Wunsch nach sofortigen, richtigen Antworten. Wir müssen aber vernünftig über Problemlagen diskutieren können und Lösungen finden, die breite Akzeptanz haben. Ich will als Sozialdemokrat den Prozess so gestalten, dass die Leute die Sicherheit haben, da kümmert sich einer darum, dass dieser Wandel vernünftig läuft und am Schluss auch gerecht ist. Nur mit einer Verzichtsrhetorik werden wir keine breit akzeptierten Lösungen hinbekommen. Ich muss die Leute gewinnen, in dem ich an ihre eigene Verantwortung appelliere. Klüger produzieren und klüger konsumieren! Nehmen wir die Transformation im Automobilsektor. Wie können wir dort klüger produzieren? Klüger Konsumieren appelliert dagegen an unser eigenes Verhalten. Das hat etwas mit unserer eigenen Verantwortung zu tun.*

Peer Oehler: Also, wir müssen verzichten WOLLEN, nicht verzichten MÜSSEN.

Martin Dulig: *Unser Verhalten verändert sich ja jetzt schon genauso wie unsere Definition von Wohlstand. Früher war es wichtig, ein Auto zu BESITZEN. Da war es ganz wichtig, welche Marke und wie viel PS es hatte. Und heute? Die junge Generation legt viel mehr Wert auf ständig verfügbare Mobilität. Ob mit Car-Sharing, Fahrrad, ÖPNV... sie benötigen dafür nicht mehr das Auto als Statussymbol. Ist das ein Verzicht?*

Peer Oehler: Eine win-win-Situation!

Martin Dulig: *Und deshalb weg von dieser Verzichtsrhetorik, hin zur Frage von verantwortlichem Handeln in Wirtschaft, Konsum und Politik.*

Peer Oehler: Ist es verantwortlich für den Fridays for Future zur Schulzeit auf die Straße gehen? Der Familienvater Dulig hat sich mit einer Schlagzeile in die Landschaft gewagt, er fände es gut, dass seine Tochter die Schule schwänzt.

Martin Dulig: *Das hab ich so nicht gesagt. Es ist die Entscheidung meiner Tochter zu den Veranstaltungen zu gehen, sich zu engagieren - darauf bin ich stolz. Ich bin stolz auf alle meine Kinder, weil sie schon immer als politisch denkende und handelnde Menschen ihren eigenen Kopf hatten. Es ist ja nicht die erste Demonstration, wo meine Kinder*



LANDTAGSWAHL 2019

gegen mich demonstriert haben. Und das ist gut so, weil ich merke: Die machen sich ihre eigenen Gedanken. Man kann sich sehr lebendig vorstellen, welche Debatten wir zuhause zum Thema Energiepolitik haben, wenn der Energieminister mit am Küchentisch sitzt. Mich ärgert, dass man über die Form des Schulschwänzens mehr diskutiert, als dass man sich wirklich um die Anliegen der Schüler gekümmert. Ohne diesen Schulstreik hätte es nie eine solche öffentliche, bewegende Debatte gegeben.

Peer Oehler: Also kann es schon sein, dass der Zweck die Mittel heiligt?

Martin Dulig: Wenn sich die jungen Leute am Sonntag zur großen Demo getroffen hätten, dann wäre es sicherlich auch eine Schlagzeile gewesen. Aber es hätte nie die politische Bewegung hervorgerufen, diese mediale und damit öffentliche Aufmerksamkeit geschaffen, die aufgrund dieser besonderen Form entstanden ist. Aber es reicht nicht, nur demonstrieren zu gehen und Schilder hochzuhalten. Ich war vor kurzem in Hoyerswerda und habe Schülerinnen und Schüler besucht, die sich vorgenommen haben, ihr Gymnasium klimaneutral zu machen und 25.000 Bäume zu pflanzen. Das ist ein Projekt, das Schüler selber entwickelt haben. Das ist lebendiges Engagement für den Klimaschutz und sowas brauchen wir mehr. Ich wünsche mir, dass aus Fridays for Future ein Fridays for Innovation wird.

Peer Oehler: Ich bin immer noch dabei, ob ich es als Ordnungshüter gut finden kann, dass ein Repräsentant der sächsischen Staatsverwaltung mir als Ordnungshüter sagt, dass es manchmal auch durchaus Dinge geben kann, wo das Einhalten der Ordnung egal ist, wenn es denn den richtigen Zielen dient.

Martin Dulig: Ich hab immer dafür gerade gestanden, wenn ich bewusst etwas gemacht habe, was vielleicht nicht im Ordnungsrahmen war. Ich habe selber auch an Blockaden am 13. Februar in Dresden gegen Neonazis teilgenommen. Ich habe gewusst, was ich tue und dementsprechend wurde ich auch belangt. Das habe ich in Kauf genommen und genau das ist sogar eine Akzeptanz des Rechtsstaates. Ich fordere ja nicht

auf, die Schule zu schwänzen. Ich freue mich aber, wenn sich junge Leute bei diesen Themen engagieren.



Martin Dulig Landesvorsitzender Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr deren Spitzenkandidat zur sächsischen Landtagswahl 2019

Peer Oehler: Sich mit Kopf und Herz zu engagieren für neue Lösungen, für Zukunft, für Innovation, das kann nur begrüßens- und unterstützenswert sein. Aber ich frage mich, ob der Rechtsstaat in seiner Akzeptanz beim Staatsvolk nicht unterhöhlt wird, wenn jeder für sich persönlich deklarieren kann, welchen Normen er unter Anerkenntnis einer Rechtsfolge als einhaltenswert erachtet oder nicht. Wir schwänzen Schule fürs Klima, blockieren gegen Rechts, besetzen fremde Häuser, weil Gentrifizierung doof ist und als nächstes legitimieren Fußballfans für sich so die Pyrotechnik im Stadion, weil Rechtsnormen dem Belieben des Einzelnen überlassen sind. Das kann uns als Polizei nicht so richtig ins Berufsbild passen.

Martin Dulig: Jetzt wollen wir es auch nicht übertreiben. Wer glaubt, dass durch Fridays for Future unser Rechtsstaat in Frage gestellt wird, der schießt mit Kanonen auf Spatzen. Ich verstehe sogar diejenigen, die sagen: Das ist nicht in Ordnung, Schule zu schwänzen. Aber ich glaube, dass es durchaus Anlässe gibt, wo jeder mit seinem Gewissen arbeiten muss. Wir haben immer wieder Anlässe, wo eine Gesellschaft sich sozusagen auch neu über die Auslegung von Rechtsstaat vereinbaren muss. Wir haben doch in Dresden die Erfahrung mit

dem Demonstrationsgeschehen gemacht. Am Schluss hat der gesellschaftliche Diskurs über Blockade und Protest dazu geführt, dass man Demonstrationen auf Hör- und Sichtweite zulässt. Sowas brauchen wir bei Fridays for Future eben auch und deshalb hat die Staatsregierung ganz bewusst eine Klimakonferenz mit den Schülerinnen und Schülern gemacht. Wir müssen uns jetzt zu neuen Dingen vereinbaren, weil es nicht mehr allein nur um Protest geht. Von daher würde ich das gerne nochmal so eingeordnet wissen. Ich bin Vertreter und Repräsentant eines Rechtsstaates und ich weiß auch, was wir an ihm haben.

Peer Oehler: Wahrscheinlich müssen sich Ordnungshüter aber auch daran gewöhnen, dass diese Prozesse, wie Sie sagten, in denen sich eine Gesellschaft neu vereinbart, auch nicht in der Reihenfolge stattfinden, dass sich zuerst das geschriebene

Recht ändert und dann die Haltung der Bevölkerung, sondern unter Umständen die Haltung der Bevölkerung zur Ordnung der Gesellschaft erst in der Folge zu einer Veränderung des materiellen Rechts führt?

Martin Dulig: Das ist eine Entwicklung, die wir gerade wahrnehmen können. Die Grenzen der grundgesetzlichen Eckpfeiler sind der Rahmen. Aber innerhalb dessen gibt es vielfältige öffentliche Rufe nach Mitwirkung an der Rechtssetzung. Das reicht vom zweischneidigen Schwert der Volksentscheide bis zu Bürgerbegehren.

Peer Oehler: Die Staatsregierung ist einem solchen öffentlichen Ruf nach mehr Sicherheit mit einem neuen Polizeigesetz mit erweiterten Rechten für uns gefolgt. Man hatte den Eindruck, dass Teile der sächsischen Sozialdemokratie mit dem Erhöhen dieses Rufes fremdelten. Warum?

Martin Dulig: Ich stehe zu diesem Polizeigesetz. Es versetzt unsere Polizei in die Lage, Kriminalitätsphänomenen adäquat zu antworten und auch präventiv zu begegnen. Man hatte das Gefühl, zwei Schritte, vielleicht sogar drei hinter den technischen oder rechtlichen Möglichkeiten zu sein. Wenn man sich überlegt, aus welcher Zeit unser damaliges Polizeigesetz herrührte, war es dringend notwendig, ein modernes Polizei-



LANDTAGSWAHL 2019

gesetz zu schaffen. Es bleibt aber immer ein Ringen zwischen Sicherheit und Freiheit und gerade für uns Sozialdemokraten ist das immer ein sehr hartes Ringen, bis wohin man Freiheitsrechte verteidigt und ob Sicherheit vor Freiheit geht. Ich glaube, in Sachsen haben wir ein anderes Phänomen: Ich erlebe ein hohes Misstrauen in unserer Gesellschaft gegenüber staatlichen Institutionen - auch gegenüber Polizistinnen und Polizisten, obwohl sie für uns einen wichtigen Dienst tun. Wofür ich ihnen dankbar bin. Das Traurige ist, dass es immer Anlässe gegeben hat, aus denen dieses Misstrauen entstanden ist. Deshalb waren die Stimmen auch in der SPD groß, die manche Regelungen zu weitgehend empfunden haben oder sich bestimmte Regelungen gewünscht haben, wie zum Beispiel die Kennzeichnungspflicht. Aber: Mit Misstrauen werden wir keinen Staat machen und deshalb bleibe ich dabei, dieses Polizeigesetz ist ein guter Kompromiss.

Peer Oehler: Hat der Landesvorsitzende Dulig das Misstrauen gegenüber der Polizei nicht ein Stückweit genährt, wenn er sich mehr oder weniger missverständlich zu einer kollektiven Nähe sächsischer Polizisten zu GIDA-Bewegungen äußert?

Martin Dulig: Stop! Ganz im Gegenteil. Da bitte ich, schon in der Fragestellung um die richtige Darstellung. Ich habe eben nicht pauschal die Polizei in diese Ecke gestellt. Sondern ich habe die Frage gestellt, inwieweit die Zustimmung zu PEGIDA und AfD in der Polizei größer ist als im Durchschnitt der Bevölkerung. Interessanterweise redet heute keiner mehr darüber, weil man auch in der Polizei weiß, dass die politische Bandbreite nicht bei der CDU endet. Das sieht man auch an Personen, die für bestimmte Spitzenämter kandidiert haben. Wie will man Vertrauen in eine Polizei stärken, wenn Kritik nicht möglich ist? Damit erreicht man genau das Gegenteil.

Peer Oehler: Ich denke, Sie hatten nicht kritisiert, sondern nur eine Frage gestellt?

Martin Dulig: Eine Frage hat ja trotzdem eine Intention. Aber ich bin nicht bei der Kritik stehengeblieben. Wir haben die Ausbildung der Polizei verändert, wir haben die Professur Politische Bildung wieder geschaffen, wir haben eben ganz konkrete Konsequenzen daraus gezogen. Meine kritische Frage, die ich gestellt habe, hat dazu geführt, dass wir Entscheidungen getroffen haben, Strukturen zu verändern und den Stellenabbau zu stoppen. Die 1.000

Stellen mehr bei der Polizei hat nicht Michael Kretschmar beschlossen, das haben wir 2015 beschlossen, sonst hätten wir Michael Kretschmer im Landtag als SPD gar nicht zum Ministerpräsidenten gewählt. Kritik ist Teil der differenzierten Betrachtung und von daher bin ich froh, dass ich damals die Debatte angestoßen habe, weil die Konsequenzen die richtigen sind.

Peer Oehler: Für die 1.000 Stellen mehr ist den Koalitionsparteien auch aus fachlicher Sicht zu danken. Aber beide Koalitionsparteien werden von mir auch gefragt, was falsch gelaufen ist, als die SPD 2004 auf dem Parteitag entgegen unserer Beratung einem Stellenabbau von 2.441 Stellen bei nur einer Stimmenthaltung zugestimmt hat. Was machten Gewerkschaften falsch, wenn sich nachträglich herausstellt, dass die Staatsberatung in die richtige Richtung ging, aber wirkungslos blieb?

Martin Dulig: Da sind wir wieder an dem Punkt ehrliche Fehlerkultur: Die CDU hatte 2004 16 Prozent verloren und damit ihre absolute Mehrheit. Wir hatten mit 9,8 Prozent unser schlechtestes Wahlergebnis eingefahren. Damals waren die ganzen Diskussionen zum demographischen Wandel politisch instrumentalisiert worden. Wir hatten im Sächsischen Landtag eine Enquete-Kommission, die Regierung hatte eine eigene Kommission dafür. Von dieser Vorstellung, wir müssen den Staat anpassen, weil diese demographische Entwicklung bevorsteht, hat sich die SPD damals leider anstrecken lassen. Wir haben uns dafür entschuldigt und haben es als Fehler auch klar titulierte. Wir waren das erste Mal in einer Koalition. Das heißt, auch wir mussten lernen. Uns fällt kein Zacken aus der Krone, diesen Fehler von damals einzugestehen. Wichtig ist aber: Wir haben daraus gelernt und sofort die Planung der CDU-FDP-Vorgängerregierung, weitere 800 Stellen abzubauen, bei den Koalitionsverhandlungen 2014 gekippt. Was die Arbeit der Gewerkschaften betrifft, glaube ich eher, dass das Problem nicht bei den Gewerkschaften liegt. Das Problem liegt darin, dass wir in Ostdeutschland und in Sachsen nach wie vor die Rolle der Gewerkschaften als gesellschaftliche Akteure zu wenig wertschätzen. Sachsen ist in Bezug auf Organisationsgrad und Tarifbindung von Unternehmen Schlusslicht. Und deshalb ist es nicht die Frage, was machen Gewerkschaften falsch, sondern wie schaffen wir es, dass diese Interessen-

vertretung endlich auf Augenhöhe geführt wird.

Peer Oehler: Drei Fragen zum Abschluss müssen sein. 1. Es geht mir um eine objektivierbare Personalbedarfsberechnung. Wir wollen berechenbare Parameter haben, anhand derer wir ermitteln können, wie viel Personal zur Erfüllung polizeilicher Aufgaben insgesamt notwendig ist. Wäre die SPD da unser Partner?

Martin Dulig: Ja. Wir haben immer gesagt, das Personal und die Strukturen müssen den Aufgaben folgen. Ich halte es uns als SPD zugute, dass wir einen Paradigmenwechsel in Sachsen mit dem Einrichten der Fachkommission herbeigeführt haben.

Peer Oehler: Danke für dieses Bekenntnis zur Personalbedarfsrechnung. 2. Ein Punkt im Koalitionsvertrag blieb unberührt: Die Koalitionsparteien prüfen des Einführen einer Funktionszulage für diejenigen, die ein niedrigeres Amt haben als ihr Dienstposten bewertet ist. Unterstützt die SPD dieses Anliegen weiter?

Martin Dulig: Das ist eine Haltungfrage. Die Antwort ist Ja.

Peer Oehler: Zu guter Letzt: Wie sieht denn für den Landesvorsitzenden der SPD die Zeit ab September aus? Minderheitenkabinett oder eine CDU/AfD- oder AfD/CDU Koalition oder haben wir ein vielfarbiges Regenbogenkabinett?

Martin Dulig: Lasst uns erstmal den 1. September bestehen. Wir verteilen das Fell des Bären schon, obwohl er noch nicht mal erlegt ist. Wir haben eine ernste Situation in Sachsen und es liegt an uns, dass wir am Schluss demokratische, stabile Verhältnisse haben. Die SPD selber macht weder einen Koalitionswahlkampf noch einen Lagerwahlkampf, sondern die SPD macht einen Wahlkampf für sich. Die CDU muss intern erstmal klären, welche Haltung sie zum Thema AfD hat. Die Linke als sogenannte Protestpartei wird keine Rolle spielen. Deshalb ist es sicherer die Stimme der SPD zu geben, um sein Interesse an stabilen demokratischen Verhältnissen, an einer vernünftigen Balance zwischen Freiheit und Sicherheit, an einer vernünftigen Balance zwischen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik und an einer Ausrichtung Sachsens als Zukunftsland, klar zu machen. Wir haben gezeigt, dass wir regieren können. Dieses Land hat ein so großes Potenzial, was wir nicht denjenigen überlassen können, die damit Schindluder betreiben wollen.

Peer Oehler: Vielen Dank!





Aktuelle Struktur im IT-Bereich in ...

... Sachsen-Anhalt

In der Mai-Ausgabe 2015 haben wir zum letzten Mal über das Thema berichtet. Seitdem hat sich die Lage verschlimmert. Die Strukturen sind so geblieben wie sie (richtigerweise) waren, aber das Personal hat sich verringert. Es wurde eine Stelle abgesehen, nachbesetzt. Zum Beginn der Strukturreform am 1. 1. 2019 gab es in den dez. IT-Versorgungsbereichen, die jetzt dezentraler Vor-Ort-Service (DVOS) heißen. 47 Systembetreuer, 5 IT-Administratoren und 4 IT-Koordinatoren. Mit diesem Personal ist eine Aufgabenerfüllung unmöglich. Seit 2014 gibt es den Staatsvertrag mit dem Dataport AöR, der besagt, dass die IT des Landes übernimmt (kurz gesagt). In diesem Vertrag stehen keine definierten Leistungen und vor allem kein Preis. Es ist also faktisch ein Stapel Blanko-Schecks, der vom Land an Dataport ausgegeben wurde, da Leistungen im 8-stelligen Bereich ohne Ausschreibung übergeben wurden. In einem ersten Schritt wurden 5 Unterstützungskräfte eingekauft, die Systembetreuerarbeiten vor Ort erledigen. Für einen Preis von 86.000 € pro Person. Zur Erinnerung ein Systembetreuer hat eine kleine E9 bzw. eine E8! Zum 15. 4. 2019 hat Dataport den Betrieb der Standard-Polizei-Clients per Vertrag übernommen. Außer, dass der Betrieb im Status quo weitergeführt wird, sind noch keine SLA oder konkrete Aufgaben festgelegt. Auch 3 Monate nach Vertragsbeginn wird weiterverhandelt. Der Preis beträgt 100 € pro PC und Monat, also 8,4 Mio. € pro Jahr. Ob dieser Preis gerechtfertigt ist, ist sehr fraglich. Für dieses Geld könnte man 90 E9-Systembetreuer und 10 E10-Admins einstellen, mit denen man die Probleme der IT wirklich angehen und lösen könnte. Leider sind die Kosten hier wohl völlig egal, solange die Stellenkürzung eingehalten wird.

Fazit: Wer einen Weg sucht mit möglichst viel Geld, einen geringen Nutzen zu erzielen, kann es sich – leider – bei uns ansehen.

Der Landesvorstand

... Thüringen

Nach Beitritt von Thüringen zum 1. Januar 2016 zur IT-Kooperation der Länder Baden-Württemberg, Brandenburg, Hamburg und Hessen, erfolgte eine Neuausrichtung der Organisations- und Verfahrenslandschaft im IT-Bereich. Die Länder unterstützen sich bei der gemeinsamen Entwicklung von IT-Verfahren für die Polizeien, welche eine gemeinsame Produktpalette von IT-Anwendungen verwenden und arbeitsteilig weiterentwickeln. Mit der Initiierung des Projektes NOVa, wurde in der Landespolizeidirektion ein landesweites IT- und Organisationsprojekt geschaffen. Kern war es, die von der Kooperation bereitgestellten Verfahren auf die in Thüringen vorliegenden Bedürfnisse anzupassen. Dazu mussten bestehende Geschäftsprozesse bewertet und analysiert werden. Ziel ist es, einen stufenweisen Übergang zwischen Bestandsverfahren und der neuen Software aus der Kooperation zu finden. Als zentrales Verschreibungsverfahren wurde unter anderem das Vorliegendensystem IGVP durch das Kooperationsverfahren ComVor abgelöst. An die Projektphase anschließend liegt die fachliche Verantwortung weiter in der LPD. Zur Weiterführung und Bewältigung der technischen Anforderungen sind Bereiche des Projektes NOVa sowie der Abteilung 5 (TLKA) zu einer IT-Organisation innerhalb des TLKA zusammengeführt worden. In der Zentralstelle für das polizeiliche Informations- und Kommunikationswesen (ZpIuK) wird man sich für die zukünftig anstehenden Herausforderungen im Linienbetrieb und darüber hinaus sowie deren Weiterentwicklung aufstellen und organisieren. Zu diesem Zweck waren organisatorische Veränderungen notwendig, um die Kräfte zentral zu bündeln. Ab dem 1. April 2019 baut das Landeskriminalamt die Struktur zur Umsetzung der IT der Thüringer Polizei aus. Denn es bleibt festzuhalten, dass weitere Nacharbeiten zur Optimierung der Systeme und Prozesse notwendig sind.

Monika Pape

... Sachsen

Mit Erlass des Staatsministeriums des Innern vom 13. November 2015 wurde das Polizeiverwaltungsamt mit der Umsetzung eines Infrastrukturprojektes für die sächsische Polizei beauftragt. In der Folge wurde das „Programm IuK.2020“ mit dem Ziel ins Leben gerufen, bis zum Jahr 2020 die IuK-Landschaft der sächsischen Polizei zu modernisieren, um für alle Bereiche der sächsischen Polizei eine anforderungsgerechte IuK-Unterstützung sicherstellen zu können. Hauptaugenmerk liegt dabei auf der Konsolidierung veralteter und verschlissener Hard- und Software, der Anpassung polizeilicher Ermittlungsmethoden an die wachsende Bedeutung des Cybercrime, der Zentralisierung des IuK-Betriebes und der Sicherstellung einer kontinuierlichen Erneuerung der IuK-Technik. Parallel dazu wurde der weitere Aufbau der Abteilung 4 – IuK im PVA vorangetrieben, in der die Aufgaben und Ressourcen zum zentralen Betrieb der IuK in der sächsischen Polizei gebündelt sind.

Große Meilensteine wurden in den letzten Jahren bereits erreicht. So wurden u. a. die zentralen Rechenzentren komplett modernisiert und landesweit rund 14.000 Computer durch neue Geräte ersetzt, darunter über 5.000 Laptops mit der Möglichkeit für mobiles Arbeiten über LTE. Weitere Aufgaben des Programms, wie die Einführung einer zentralen, einheitlichen Infrastrukturplattform – der Polizei-Cloud – und der Einstieg in die Mobile Polizeiarbeit via Smartphones stehen kurz vor dem Übergang in den Wirkbetrieb. Auch wenn noch lange nicht alle Arbeiten im Programm abgeschlossen sind, ist bereits jetzt der Wandel in der IuK der Polizei Sachsen für alle Nutzer spürbar. Mit Abschluss des Programms ist die sächsische Polizei auf die Herausforderungen der wachsenden Vernetzung und Digitalisierung vorbereitet und stellt ihren Mitarbeitern die für die Erfüllung ihrer Aufgaben erforderliche IuK-Unterstützung zur Verfügung.

Claudia Wachs

